

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 11. Dezember 1985

Blatt 3147

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte

Lokal: Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen
(orange)

Kultur: Kulturbudget rund 829 Millionen Schilling
(gelb) Tucholsky-Ausstellung im Künstlerhaus
 Goldscheider-Keramik im Historischen Museum

Sport: Hohe Auszeichnung für Josef Argauer
(grün)

Nur
über FS: Brand im Hotel Mercure

Kulturbudget rund 829 Millionen Schilling

6 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Das Kulturbudget der Stadt Wien für 1986 beträgt rund 829 Millionen Schilling.

Mit 308 Millionen entfällt der größte Teilbetrag auf die Förderung der darstellenden Kunst, rund 76 Millionen werden für die Musikpflege inklusive der Subvention für die Symphoniker zur Verfügung gestellt. Für die Wiener Festwochen sind 52,7 Millionen veranschlagt, für die Maßnahmen zur Förderung der bildenden Künste 10,4 Millionen, für die Förderung von Wissenschaft und Forschung 20,9 Millionen und für die Förderung von Schrifttum und Sprache 2,1 Millionen, wobei zahlreiche literarische Aktivitäten wie etwa die "Literatur im März" und die "Literatur für junge Leser" durch Förderungen aus dem Erträgnis des Kulturschillings bedeckt werden, für die insgesamt 50,6 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. 42,7 Millionen Schilling beträgt der Ansatz für "sonstige kulturelle Maßnahmen", zu denen unter anderem das Ballettfest "Tanz 86" zählt. Für die Sommerveranstaltungen sind 19 Millionen Schilling bereitgestellt, für die Filmförderung 9,3 Millionen. Die Altstadterhaltung ist mit 85 Millionen dotiert, die Bezirksmuseen erhalten 1,85 Millionen, 70,6 Millionen entfallen auf die Fremdenverkehrsförderung, die auch zahlreiche kulturelle Aktivitäten beinhaltet. Schließlich erhalten die Museen der Stadt Wien 60,5 Millionen Schilling, das Stadt- und Landesarchiv 2,1 Millionen und die Stadt- und Landesbibliothek 2,9 Millionen Schilling. Verschiedene Positionen wie Denkmalpflege, Bundesländerprogramm oder Studienförderungen komplettieren die Ausgabenliste des Kulturbudgets. (Schluß) gab/gg

NNNN



Tucholsky-Ausstellung im Künstlerhaus

7 =Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Im Wiener Künstlerhaus ist vom 11. Dezember 1985 bis 4. Jänner 1986 anlässlich des 50. Todestages von Kurt TUCHOLSKY die Ausstellung "Horch, sie leben" zu sehen.++++

Die Schau, die vom Kunstverein Wien mit Unterstützung durch das Kulturreferat der Stadt Wien, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wird, beschäftigt sich mit Leben und Werk des großen Satirikers und mit der Rezeption seines Werkes bis in die heutige Zeit. Die Ausstellung wurde von Richard von SOLDENHOFF unter Verwendung von Beständen aus dem Tucholsky-Archiv in Rottach-Egern zusammengestellt.

In seiner Eröffnungsansprache wies Kulturstadtrat Franz MRKVICKA auf die Bedeutung von Kurt Tucholskys Werk hin. Die Gültigkeit der Aussagen Tucholskys bis in unsere Zeit, sein soziales und humanitäres Engagement seien wichtige Aspekte der Ausstellung.

Im Rahmen der Ausstellung, die täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet ist, findet auch eine Reihe von Veranstaltungen statt. An einer Podiumsdiskussion zum Thema "Tucholsky und die Folgen" am Donnerstag, dem 12. Dezember, um 19.30 Uhr, nimmt auch Altbundeskanzler Dr. Kreisky teil. (Schluß) gab/bs

NNNN

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (1)

Utl.: Donnerstag beginnt der Christbaumverkauf

8 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Auf rund 280 öffentlichen Plätzen werden in Wien ab Donnerstag, den 12. Dezember, Christbäume verkauft. Auch heuer werden wieder rund 200.000 Weihnachtsbäume zum Kauf angeboten. Der Verkauf findet täglich von 8 bis 20 Uhr statt.

Zwtl.: Geflügel, Eier, Fische, Fleisch

Der Wiener Bevölkerung werden zu den Feiertagen wieder alle wichtigen Nahrungs- und Genußmittel sowie die traditionellen Festtagsspezialitäten in ausreichenden Mengen angeboten.

GEFLÜGEL UND EIER

Frische Hühner aus Österreich sowie Gänse und Truthühner vorwiegend aus den Ostblockstaaten werden in ausreichender Menge auf den Markt kommen. Das Preisniveau entspricht dem des Vorjahres. Bei Eiern kann wegen der hohen Inlandsproduktion fast gänzlich auf Importe verzichtet werden. Die Preise sind leicht sinkend.

FISCHE

Die Versorgung mit frischen Süßwasserfischen, wie dem traditionellen Weihnachtskarpfen, sowie die Anlieferung von frischen Seefischen ist ebenfalls gesichert. Die Preise liegen etwas höher als im Vorjahr.

FLEISCH- UND FLEISCHWAREN

Frischfleisch und Fleischwaren werden trotz der zu erwartenden höheren Nachfrage nach hochwertiger Ware ausreichend am Markt sein. Bei Rind-, Schweinefleisch und Selchwaren kann mit Sonderangeboten gerechnet werden. Eine Preiserhöhung ist vor den Feiertagen nicht zu erwarten. Auch frisches und tiefgekühltes Wildbret ist bedarfsdeckend vorhanden. (Forts.) lei/bs

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (2)

Utl.: Gemüse, Kartoffeln, Obst

9 Wien, 11.12. (RK-LOKAL)

GEMÜSE

Der Bedarf an typischen Wintergemüsesorten wie Chinakohl, Karotten, Weiß- und Rotkraut, Kohl, Kren und Sellerei kann nach guten Ernteergebnissen zur Gänze aus der Inlandsproduktion gedeckt werden. Die Waren haben gute Qualität und werden preisgünstig gehandelt. Dagegen läuft die Produktion von Frischgemüse wie Karfiol, Glas- und Endiviensalat wahrscheinlich aus. Einer Verknappung wird jedoch nötigenfalls durch Aufhebung der Importsperrn bei Glassalat, Karfiol und Endiviensalat vorgebeugt werden. Bei günstigen Produktionsbedingungen kann überdies mit ausreichenden Inlandsangeboten von Kohlsprossen, Vogerlsalat und Radieschen gerechnet werden. In ausreichenden Mengen sind derzeit und vermutlich bis Weihnachten ausländische Fisolen, Gurken, Paprika und Tomaten zu günstigen Preisen vorhanden.

KARTOFFELN

Durch eine überaus große Produktion und das damit reichliche Angebot werden Kartoffeln zu den bevorstehenden Feiertagen mit Sicherheit preislich sehr günstig liegen.

OBST

Die Zufuhren von inländischen Birnen sind bereits stark rückläufig. Ein mengen- und sortenreiches Angebot von Äpfeln jeder Qualitätsklasse wird jedoch auch dieses Jahr bestehen. Die Preise liegen gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich. Die Versorgung mit Bananen ist ausreichend, wobei die niedrigen Preise wahrscheinlich bis Weihnachten halten werden. Obwohl die Saison für Tafeltrauben zu Ende geht, kann weiterhin mit günstigen Traubenimporten gerechnet werden. Exotische Früchte wie Avocados, Kakis, Kiwis, Litschis und Mangos werden die breite Palette der Obstsorten abrunden.

Satsumas werden reichlich und zu günstigen Preise vorwiegend aus der Türkei und auch aus Spanien angeliefert. Eine gute Marktversorgung durch Orangenimporte aus Spanien und Griechenland ist gegeben, außerdem wird in der nächsten Zeit mit der Anlieferung italienischer Ware gerechnet. Zitronen werden auch dieses Jahr von zahlreichen Mittelmeerländern wie Griechenland, Italien, Zypern und der Türkei angeboten. Ergänzt wird das Angebot durch spanische Clementinen und Grapefruits aus verschiedenen Ländern. (Schluß)

Goldscheider-Keramik im Historischen Museum

16 =Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 13. Dezember 1985 bis 11. Mai 1986 eine Keramik-Ausstellung der Sammlung Goldscheider. Zu sehen sind Objekte der Stilrichtungen Historismus, Jugendstil und Art deco.+++

Die Firma Goldscheider, eines der erfolgreichsten Unternehmen des Wiener Kunstgewerbes, wurde 1885 gegründet. Sie bestand bis 1953, also weit länger als ihre Konkurrenten "Wiener Werkstätte", "Wiener Keramik" und "Wiener Kunstkeramische Werkstätten". Obwohl bei Goldscheider eine Vielzahl an Materialien künstlerisch bearbeitet wurde, lag der Schwerpunkt der Produktion immer bei der Keramik, wobei hauptsächlich figürliche Modelle gestaltet wurden. (Schluß)
du/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

1 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPö) begann mit einer Fragestunde.

LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erkundigte sich in der ERSTEN ANFRAGE nach dem Stand der Gespräche über die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Landeshauptmann Dr. ZILK antwortete, daß es bereits Gespräche gegeben hat und weitere Kontakte folgen werden, daß jedoch die Meinung sowohl der betroffenen Handelsangestellten als auch der Vertreter der Betriebsinhaber keine eindeutige Mehrheit für Beibehaltung oder Änderung ergibt. Man müsse bedenken, sagte Zilk, daß mit einer Verlängerung der Öffnungszeiten auch neue Probleme, etwa für Mütter mit Kindern, entstehen, die nicht übersehen werden dürfen. Derzeit werden jedenfalls nicht einmal die bestehenden Möglichkeiten zum Offenhalten zur Gänze genützt.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Prof. Dr. WELAN (ÖVP), wann der Naturschutzbeirat konstituiert wird, antwortete StR. BRAUN (SPö), daß sich die Bestellung verzögert hat, weil ursprünglich vorgesehene Mitglieder nicht nominiert werden wollten. Dazu kommt, daß die Geschäftsordnung erst verspätet erstellt werden konnte, weil die Umweltschutzabteilung durch mehrere dringende Arbeiten, wie die Stellungnahme zum Umweltschutzgesetz des Bundes, des Smogalarmgesetzes u.a. blockiert war. Im übrigen liegen derzeit keine Geschäftsstücke zur Behandlung durch den Beirat vor. (Forts.)
and/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

2 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. HAHN (ÖVP), ob es eine verbindliche Reihenfolge der Verwirklichung jener Umweltschutzinvestitionen gebe, die im Rahmen eines Vertrages mit dem Bund nach Art. 15 a BVG vom Wasserwirtschaftsfonds finanziert werden sollen, antwortete Stadtrat BRAUN (SPö), daß dies nicht der Fall sei. Für das wasserwirtschaftliche Programm für den Wiener Raum bestehe eine Übereinkunft zwischen Bundeskanzler Sinowatz und Bürgermeister Dr. Zilk, die notwendige 15 a BVG-Vereinbarung in die Wege zu leiten.

Sämtliche Abgabefestsetzungen aufgrund des Gesetzes über die Abgabe auf unvermietete Wohnungen seien aufgehoben worden, und die Stadt Wien habe sich verpflichtet, Rückzahlungen zu leisten, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö) auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. SVOBODA (SPö). Die Abgabepflichtigen sind davon verständigt worden, mit 1. Juli 1985 wurden rund 11,4 Millionen Schilling überwiesen. (Forts.) jel/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HUFNAGL (SPö) über den Stand der Verhandlungen zur Novelle des Bundesstraßengesetzes sagte StR. HOFMANN (SPö), daß die Wiener Forderungen im wesentlichen berücksichtigt worden sind. Hofmann appellierte an alle Landtagsfraktionen, sich bei ihren Bundesparteien dafür einzusetzen, daß künftig begleitende Umweltschutzmaßnahmen für hochrangige Straßen in Ballungsräumen aus Bundesstraßenmitteln finanziert werden können.

In der SECHSTEN ANFRAGE urgierte LABg. Mag. KAUER (öVP) den Entwurf eines Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes. StR. SEIDL (SPö) gab bekannt, daß der Gesetzentwurf derzeit auf Beamtenebene überarbeitet werde, eine Diskussion darüber sei Anfang des kommenden Jahres möglich. Die Stiftungsbehörde soll nach diesem Entwurf die Landesregierung sein. (Forts.) fk/bs

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), ob es aufgrund der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu neuen Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund kommen werde, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö), daß die Verhandlungen in jedem Fall so gestaltet werden müssen, daß die Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten. Die von zwei Gemeinden beeinspruchte Regelung des Randgemeindenschlüssels ist auch von der Stadt Wien zur Diskussion gestellt worden, ein Bestehen auf eine Aufhebung hätte jedoch einen einvernehmlichen Finanzausgleich in Frage gestellt.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Elisabeth DITTRICH (SPö), ob es seitens der Bediensteten der Stadt Wien Anträge auf Teilzeitarbeit wegen Pflege oder Betreuung naher Angehöriger gibt, wie dies seit 1. Oktober 1985 möglich ist, sagte Stadtrat Friederike SEIDL (SPö), daß es bis 10. Dezember 32 derartige Anträge gegeben hat. Die in Wien zum Unterschied vom Bund auch für Väter bestehende Möglichkeit, für die Pflege eines Kindes Teilzeitarbeit zu beantragen, hat bis jetzt ein Dienstnehmer in Anspruch genommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. OBLASSER (SPö) über den letzten Stand der Arbeiten des Unterausschusses, der sich mit der Gesetzesvorlage über den umfassenden Schutz des Wienerwaldes beschäftigt. Umweltstadtrat BRAUN (SPö) erklärte, daß die von der öVP geäußerten zusätzlichen Wünsche größtenteils in den Gesetzentwurf für einen verfassungsmäßigen Schutz des Wienerwaldes eingebaut wurden. Noch offene Fragen werden in einer weiteren Sitzung behandelt.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) stellte die ZEHNTE ANFRAGE, welche Zusage des Landes Niederösterreich beziehungsweise der betroffenen Gemeinden in Niederösterreich es im Hinblick auf die Errichtung optimaler Kläranlagen im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien gebe. Stadtrat BRAUN führte aus, daß es von den niederösterreichischen Gemeinden noch keine diesbezüglichen Zusagen gebe. Die Stadt Wien habe jedoch größtes Interesse, daß entsprechende Kläranlagen gebaut bzw. erweitert werden. Die einwandfreie Wassergüte der Donau sei Voraussetzung, daß die Stadt Wien dem Bau der Staustufe Wien zustimmt. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Beamtengehalt und -urlaub

11 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Landtag lag ein ANTRAG der FPÖ über die Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald vor. Dieser Antrag fand nicht die erforderliche Unterstützung.

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte die 27. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, die 7. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagengesetz 1966, die 12. Novelle zur Dienstordnung 1966 und die 10. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979. Es geht darin um Gehaltserhöhungen für Beamte ab 1. Jänner 1986 und eine generelle Urlaubsverlängerung auf mindestens fünf Wochen. Entsprechende Bestimmungen sollen auch für die Vertragsbediensteten gelten.

ABSTIMMUNG: Alle vier Gesetze wurden einstimmig beschlossen.

Zwtl.: Änderung des Wasserversorgungsgesetzes

LH-Stv. MAYR (SPö) beantragte eine Novelle zum Wasserversorgungsgesetz 1960, mit dem eine Anpassung des Gesetzes an produktionsbedingte Veränderungen angestrebt wird, um Kleinabnehmer nicht zusätzlich zu belasten (Rohre neuester Fertigung haben größere Innendurchmesser).

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Zwtl.: Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz

LH-Stv. MAYR beantragte eine Novelle zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978. Die nicht in den Kanal eingeleitete Wassermenge wird gebührenfrei (z. B. Gartengießen), wobei eine Bagatellgrenze von 100 Kubikmeter beziehungsweise 5 Prozent des Verbrauchs gilt, um unvertretbaren Verwaltungsaufwand zu vermeiden.

LABg. Dkfm. Hilde SCHILLING (öVP) kritisierte die Gebührenerhöhungen in den letzten Jahren und das vorgesehene Limit und stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG, die Abwassergebühr gänzlich zu erlassen, wenn die Nichteinleitung durch ein Gutachten nachgewiesen wird. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz

12 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Ing. SVOBODA (SPö)

erläuterte, daß die Novelle vor allem dort Vorteile bringt, wo etwa keine vollständige Kanalisierung besteht und nicht alle Benützer etwa einer Kleingartenanlage angeschlossen sind. Die Bagatellgrenze sei notwendig, um nur sinnvolle Ermäßigungen zuzulassen.

In seinem Schlußwort stellte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö) die Forderung von Landtagspräsident Hahn im Zusammenhang mit dem Wasserwirtschaftsfonds und dem Abänderungsantrag von LAbg. Schilling einander gegenüber. Die öVP-Politik, durch die eine Kostendeckung verhindert werde, gefährde die Leistungen des Wasserwirtschaftsfonds an Wien, weil diese eine Kostendeckung als verbindlich voraussetzen. Im übrigen wandle der Wasserwirtschaftsfonds bei deutlich höheren Gebühren, als sie in Wien gelten, die Darlehensleistungen in Zuschüsse um.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPö abgelehnt, das Gesetz selbst wurde einstimmig angenommen.

Die Landtagssitzung endete um 10.50 Uhr. (Schluß) and/rr

- Ende des Sitzungsberichtes -

NNNN

Hohe Auszeichnung für Josef Argauer

17 Wien, 11.12. (RK-SPORT) Für sein großes Wirken im Sport erhielt Mittwoch mittag Josef ARGAUER das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Die Ehrung im Steinernen Saal des Rathauses nahm Stadtrat Franz MRKVICKA im Beisein zahlreicher Ehrengäste vor.
(Schluß) hof/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

13 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Anschließend nahm der Gemeinderat die gestern unterbrochene Sitzung mit den Beratungen des Budgetvoranschlages 1986 für die Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz wieder auf.

Entgegen der Meinung von StR. SEIDL, eröffnete GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) die Debatte, gebe es in der Öffentlichkeit wenig positive Reaktionen zum Christkindlmarkt am Rathausplatz, mit dem der Wiener Fremdenverkehrsverband immerhin für einen vorweihnachtlichen Wienbesuch werbe. Er appelliere an Seidl, sich der kommenden Christkindlmärkte persönlich anzunehmen, um diese "Attraktion" auch tatsächlich erlebenswert zu machen.

Zu den Ladenöffnungszeiten erklärte Hirnschall, daß einige Mißverständnisse die Diskussion erschwert hätten. So gehe es nicht um eine Ausdehnung der Geschäfts-Gesamtöffnungszeiten, sondern lediglich um eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nach regionalen Bedürfnissen. So seien immerhin laut einer IFES-Umfrage 50 Prozent der Bevölkerung für eine Änderung, 44 Prozent der Handelsangestellten seien ebenfalls positiv eingestellt. Die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten sei sicher keine Frage der Sozialpartnerschaft allein, vielmehr müßten die Wünsche der Konsumenten vom Konsumentenstadtrat, der sich bisher aus der Diskussion herausgehalten habe, konsequenter vertreten werden. Eine Liberalisierung der Öffnungszeiten würde im übrigen vor allem Kleinbetrieben mehr Spielraum bieten, schloß Hirnschall. (Forts.)
jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

14 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) bekannte sich zur Diskussion der Ladenschlußzeiten. Eine Weltstadt wie Wien könne es sich auf Dauer nicht leisten, am Samstag mittag die Rollbalken herunterzulassen. Man müsse auch an den Verlust an Attraktivität und Kaufkraft in der Fremdenverkehrsstadt Wien denken. Korosec verwies allerdings darauf, daß gerade die Handelsangestellten zum Großteil die Fünfeinhalb-Tageweche haben, während die Privilegierten, die eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten wollen, oft die Viereinhalb-Tageweche haben. Sie könne sich eine Verbesserung durch flexiblere Arbeitszeit vorstellen.

Zum Thema Datenschutz forderte die Rednerin, ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, die Installation eines unabhängigen Landesbeauftragten für Datenschutz. Sie warnte vor Datenmanipulationen und verwies darauf, daß der Bürger wissen sollte, was über ihn gespeichert sei. Korosec warnte vor einem computergesteuerten Überwachungsstaat. Es gelte auch im Computerzeitalter die Menschenwürde zu wahren.

Korosec beantragte einen Wiener Datenschutzanwalt, der direkt dem Gemeinderat unterstellt sein sollte, sowie einen jährlichen Bereich über den aktuellen Stand der Datenbank im Rathaus. (Forts.)
fk/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

15 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auch GR. JANK (SPÖ) nahm zur Debatte um den Ladenschluß Stellung. Er sagte, hier bestehen klare Aussagen der Sozialpartner. Für Wien könne er sich eine punktuelle Anpassung an die Erfordernisse des Fremdenverkehrs vorstellen.

Weiters wies er auf die Bedeutung des Schlachthofes St. Marx als Wirtschaftsfaktor auch für den Export hin. Auch in diesem Sinne sei die Ausstattung des Schlachthofes nach den modernsten Gegebenheiten wichtig.

Zur Lebensmitteluntersuchungsanstalt sagte der Redner, daß diese ein Maximum an Kontrolle garantiere. Das Konsumententelefon habe sich durch seine große Frequenz als sinnvolle Einführung erwiesen.

Schließlich wies Jank auf die Bedeutung des neuen Weingesetzes für Wien hin. Der Stellenwert des Wiener Weinbaues erstreckte sich ja auch auf die Bereiche Fremdenverkehr und Grünpolitik. Das neue Weingesetz werde dem Konsumenten verbesserten Schutz und bessere Qualität garantieren, den Weinbauern schaffe das Gesetz auf Sicht bessere wirtschaftliche Bedingungen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
19 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die in Parteiengesprächen zur
Diskussion gestellte Reform der Wiener Stadtverfassung müsse vor
allem zum Ziel haben, den Bürgern mehr Rechte auf Kontrolle,
Information und Mitsprache einzuräumen, erklärte GR. Univ.-Prof. Dr.
WELAN (ÖVP). Bei all diesen Überlegungen müsse dem Trend zu mehr
Offenheit entsprochen werden, dem ein verstärktes Einblicksrecht in
die Verwaltung folgen muß. Dies ist sicher nur schrittweise möglich,
Wien könnte jedoch als Bundeshauptstadt Signalwirkung erzielen.
Dieser Forderung stehe u.a. die Amtsverschwiegenheit entgegen, die
teilweise abzubauen ist.

Abschließend forderte Welan die Objektivierung der
Postenvergabe und der Beförderungen. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
20 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage eines Datenschutzanwalts
verwies GR. Mag. ZIMA (SPö) darauf, daß die Datenschutzkompetenzen
ausschließlich beim Bund liegen, und es daher rechtlich unmöglich
ist, dem ÖVP-Antrag zu entsprechen. Die Zentralisierung beim Bund
sei auch deshalb sinnvoll, weil es dort eine zentrale
Datenschutzkommission statt vieler regionaler Einzelanwälte gibt.
Die SPö sei jedoch mit der ÖVP grundsätzlich darüber einig, daß der
Datenschutz in Wien möglichst optimal eingehalten werden muß. Die
SPö werde alles tun, damit der Datenschutz in Wien vernünftig
vollzogen wird und wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
allen Anregungen offen sein. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

21 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Anwalt, den die ÖVP urgieren, erklärte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung, soll ein Instrument zur Information des Bürgers sein. In welcher Form dies geschehen soll, sei noch zu diskutieren.

Mit dem Image der Beamten der Stadt Wien in der Öffentlichkeit beschäftigte sich GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ). Wie das "Zufriedenheitsbarometer", das nun seit zwei Jahren existiert, beweise, seien die Wiener Beamten weit besser als ihr Ruf.

Wondratsch wies auf das Frauenförderungsprogramm der Stadt Wien, das in Grund- und Ausbauseminaren eine Trainingsmöglichkeit für weibliche Führungskräfte anbiete, hin. Es gebe immerhin 29.939 Frauen unter den Beamten der Stadt Wien, das bedeute einen Prozentsatz von 46,02 Prozent. Doch sei ein Großteil der Frauen an der Basis beschäftigt. So sei in der höchsten Dienstklasse von 40 Dienstposten keiner mit einer Frau besetzt. Es gelte das Selbstbewußtsein und die Fähigkeiten der Frauen zu fördern. (Forts.)
jel/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

22 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) faßte die Debatte über ihre Geschäftsgruppe zusammen. Sie sei sehr erfreut über die Verwirklichung des Frauenförderungsprogrammes in der Verwaltungsakademie. Das Interesse der Frauen ist sehr groß, und sie hoffe auch, daß künftig bei der Besetzung von leitenden Positionen auch Frauen zum Zug kommen.

Der Vorschlag von Prof. WELAN (ÖVP) über mehr Bürgermitbeteiligung sei zu begrüßen. Sie trete für eine weitere ausführliche Diskussion dieser Probleme ein. Man müsse jedoch sehr behutsam vorgehen, da hier großangelegte Änderungen der Stadtverfassung notwendig sein werden.

Die Kritik am Christkindlmarkt teile sie nicht, betonte Stadtrat Seidl. Der Christkindlmarkt findet heuer zum 11. Mal auf dem Rathausplatz statt, und er hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Zur Ladenschlußdebatte meinte Seidl, die Nahversorgung müsse dabei garantiert bleiben, die Kleinen dürften bei einer Änderung nicht benachteiligt werden, und die Preise dürfen dabei nicht steigen. Im übrigen bekenne sie sich zur Sozialpartnerschaft. Eine völlige Liberalisierung lehne sie ab, da sich diese meistens zu Lasten der Schwächeren auswirke. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
23 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Seidl warnte davor, die Bürger im Zusammenhang mit dem Datenschutz zu verunsichern. Sie bekenne sich zu einem eindeutigen Schutz der Bürger und sie garantiere, daß kein Mißbrauch von Daten stattfinden könne. Die Sammlung von Daten, auch persönlicher Daten, garantiere eine effiziente Verwaltung. Und jeder Bürger, der sich persönlich informieren möchte, erhält selbstverständlich die nötigen Auskünfte. Seidl wandte sich gegen Vorwürfe, daß Daten verknüpft wurden. Derartige Datenverknüpfungen seien für die Verwaltung gar nicht nötig, und es gibt sie auch nicht. Jedes Jahr werde im Amtsblatt der Stadt Wien eine detaillierte Liste aller Arten von Datensammlungen veröffentlicht.

Zum neuerlichen Antrag auf Objektivierung der Postenvergabe stellte Seidl fest, daß dieses Thema bereits ausführlich im zuständigen Ausschuß behandelt worden sei. Es sei in der Praxis unmöglich, die 7.500 neu in den Dienst der Stadt Wien eingetretenen Personen einer Kommission vorzustellen. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Budget - Abstimmung

24 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort vor der Abstimmung dankte Vizebürgermeister MAYR (SPö) den mit der Budgeterstellung befaßten Beamten.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1986 wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.

Von den 17 Anträgen (6 der FPö und 11 der öVP), die im Verlauf der Debatte eingebracht worden waren, wurden 5 einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Ein Antrag der FPö betreffend die Auflösung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und ein Antrag der öVP bezüglich der Turnusärzteausbildung in Wien wurden mehrheitlich abgelehnt. (Forts.) gab/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

25 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke referierte StR. HATZL (SPÖ). Der Wirtschaftsplan für 1986 werde vor allem durch eine starke Steigerung der Investitionen, durch höhere Kreditrückzahlungen und Kreditaufnahmen sowie durch hohe Ausgaben für einen verbesserten Umweltschutz gekennzeichnet. Der Geldbedarf der Wiener Stadtwerke wird 1986 25,7 Milliarden - bei einem Fehlbetrag von 21 Milliarden Schilling - ausmachen. Der Umsatz für das kommende Jahr wurde mit 18,2 Milliarden veranschlagt. Für das Jahr 1986 sind Investitionen in einem Gesamtbetrag von über 3,3 Milliarden Schilling geplant, das sind um 316 Millionen mehr als 1985, führte Hatzl aus.

Bei den E-Werken werden im kommenden Jahr über 1,7 Milliarden Schilling Fremdkapital aufgenommen werden müssen. Der Gewinn wird gegenüber 1985 von 360 Millionen auf vier Millionen sinken. Verantwortlich dafür ist vor allem eine beträchtliche Verteuerung des Verbundstroms. Die Kosten für den Fremdstrombezug werden 1986 um rund 300 Millionen auf 2,1 Milliarden steigen. Im Investitionsplan sind über 400 Millionen Schilling für Umweltschutzmaßnahmen enthalten. Insgesamt betragen die Investitionen fast zwei Milliarden Schilling.

Bei den Gaswerken wird es gegenüber dem letzten extrem kalten Winter zu einem Absatzrückgang von rund vier Prozent kommen, für den Erdgasbezug werden etwa drei Milliarden Schilling aufgewendet werden müssen. Bei einem Umsatz von rund fünf Milliarden Schilling erwarten die Gaswerke für 1986 einen Verlust von rund 63 Millionen Schilling. 1985 betrug der Verlust etwa 291 Millionen. Die Verbesserung ist vor allem das Ergebnis der Tarifierhöhung im Mai 1985 und einer Beruhigung der Erdgaspreise. An Investitionen veranschlagen die Gaswerke 437 Millionen Schilling. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

26 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrsbetriebe rechnen für 1986 mit rund 584 Millionen Beförderungsfällen, das sind um rund drei Millionen mehr als heuer, führte Hatzl weiter aus. Für die Verkehrsbetriebe wurden für 1986 3,459 Milliarden Schilling an Leistungen der Hoheitsverwaltung veranschlagt. An Investitionen sind 910 Millionen Schilling vorgesehen. Die im Jänner 1986 wirksam werdenden Tarifänderungen werden es ermöglichen, daß die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel noch kundenfreundlicher und attraktiver wird. Für das kommende Jahr ist eine Reihe von Intervallverbesserungen bei der Straßenbahn und Betriebszeitenverlängerungen bei der U-Bahn sowie Linienveränderungen geplant. Für den Bau der U 3 und der U 6 werden 1986 insgesamt 3,6 Milliarden Schilling ausgegeben, das sind um 1,1 Milliarden mehr als 1985.

Die Investitionen der Bestattung in Höhe von 21 Millionen Schilling sind vor allem für die Ausstattung von Aufbahrungshallen und für die Renovierung des Zentralgebäudes vorgesehen.

Der Dienstpostenplan der Wiener Stadtwerke sieht 1986 15.525 Beschäftigte vor, das sind um 164 Bedienstete mehr als 1985. Die Personalausgaben werden um 286 Millionen auf über 6,2 Milliarden Schilling steigen.

Für den Herbst 1986 ist geplant, daß die Jahresabrechnung der Wiener Stadtwerke noch kundenfreundlicher gestaltet wird. Die Überlegungen der Wiener E-Werke über eine Reform der Tarifstrukturen werden weiter fortgesetzt, mit dem Ziel, vor allem einen Anreiz zum Stromsparen zu bieten, schloß Hatzl. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

27 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) sagte, er unterstütze die Wiener Bestrebungen, die hohen Strompreise zu senken, doch dürfe dies nicht zu Lasten der anderen Bundesländer gehen. Es sei bemerkenswert, sagte Pawkowicz, daß Vorarlberg 32 Prozent, Wien jedoch nur 3 Prozent Strom aus der Donau bezieht. Wien solle sich daher verstärkt an künftigen Donaukraftwerken beteiligen, um auf diese Weise zu billigerem Strom zu kommen. Außerdem sei eine Entkoppelung zwischen den Verkehrsbetrieben und den Wiener Energieversorgungsunternehmen notwendig, um die Gebarung transparenter zu machen. Wegen der verfehlten Tarifpolitik könne die FPö dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke ihre Zustimmung nicht geben, schloß Pawkowicz. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

28 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Tariferhöhung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, erklärte GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP), sei ein Alleingang Stadtrat Hatzls, der die Tarifeinheit im Verkehrsverbund Ostregion und dessen Koordinationsfunktion schwer beeinträchtigt. Regler stellte ZWEI ANTRÄGE betreffend die Installation von Fahrscheinautomaten an den Haltestellen der Ringlinien und die Beratung von Linienänderungen von öffentlichen Verkehrsmitteln im zuständigen Gemeinderatsausschuß.

Ein neuer Schienenverbundvertrag, forderte Regler, müsse eine Vorausschau über die Erweiterung des U-Bahn-Netzes enthalten (Verlängerung der U 1, Auffächerung der U 2 nach Hernals und Währing, Verlängerung der U 3 nach Ottakring und Simmering, Verlängerung der U 6 über Wallensteinplatz nach Floridsdorf und Führung eines Astes der U 6 von der Gumpendorfer Straße zum Südbahnhof). Reder stellte dazu einen BESCHLUSSANTRAG. Darüber hinaus erfordere der neue Schienenverbundvertrag auch Überlegungen betreffend die S-Bahn-Linien und die Realisierung des Park-and-Ride-Konzeptes. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

30 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KIENDL (öVP) beklagte sich über die hohe Lärmbelastung entlang der Schnellbahntrasse im innerstädtischen Bereich. Hier fahren täglich bis zu 400 Züge, und nach Inbetriebnahme des Zentralverschiebebahnhofes in Kledering werden es noch mehr werden. Auch wenn es Kompetenzprobleme mit dem Bund gebe, sagte Kiendl, müsse im Interesse der Bürger bald gehandelt werden. Er stellte daher den Antrag, daß entlang der S-Bahn-Trasse im innerstädtischen Bereich städtebaulich optimale Lärmschutzeinrichtungen geschaffen werden.

Die Senkung des Grundpreises bei der Fernwärmeversorgung sei richtig, aber noch zu wenig. Auch bei der Heizkostenaufteilung gebe es immer wieder Probleme. Um exakt messende Wärmemengenzähler für die Wohnungen installieren zu können, müßte aber das Rohrverteilungssystem im Wohnbau vom derzeitigen Vertikal- auf ein Horizontalsystem geändert werden.

Der Redner verwies auf die enge Verflechtung der Heizbetriebe Wien und der Wiener Stadtwerke und stellte daher den Antrag, daß die HBW den Wiener Stadtwerken eingegliedert werden sollte. (Forts.)
fk/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

31 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) wies in seiner Rede auf das enorme Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke von 3.324,4 Millionen Schilling hin, das ist ein Plus von 316 Millionen gegenüber 1985. Diese Investitionen kommen der Wiener Wirtschaft und auch der Umweltverbesserung zugute. Mit 2.147 Millionen erreicht auch der Schuldendienst der Stadtwerke 1986 einen sehr hohen Wert. Die E-Werke werden 1986 bei einem Umsatz von 10 Milliarden Schilling nur 4,1 Millionen Schilling Gewinn machen, was auch daran liegt, daß die Verteuerung des Verbundstromes nicht an die Kunden weitergegeben wird. Die Stromabgabe wird 1986 6.470 Gigawattstunden betragen. Mit einer Abgabe von 690 Millionen Kubikmeter werden die Gaswerke etwa 5 Milliarden Schilling Umsatz machen. Da der Abgabepreis bei Gas zu 50 Prozent auf Leitungs-, Personal- und anderen Kosten beruht, die nicht vom Einstandspreis abhängig sind, erscheint zumindest bis jetzt eine Senkung des Gaspreises aus wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar. Die Heizbetriebe Wien haben mit der Senkung des Fixpreises eine Maßnahme für die sozial Schwachen getroffen, die durch die öVP mißinterpretiert wird, sagte Eder. Der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes wird die Importabhängigkeit verringern und dem Umweltschutz dienen. Eder nahm schließlich zur Privatisierungsdiskussion Stellung und wies auf die widersprüchlichen Vorschläge der öVP in dieser Frage hin. Der gemeinwirtschaftliche Sektor, der ja, wie zuletzt auch bei den EBS und bei Rinter, aus dem Versagen des Marktes hervorgegangen sei, sei für eine Reprivatisierung ungeeignet. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

32 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (öVP) erklärte, seine Fraktion lehne den Voranschlag der Wiener Stadtwerke 1986 ab, weil sie mit der Verteilung der Betriebskostenzuschüsse nicht einverstanden sei und das Vertrauen in die im Wirtschaftsplan angegebenen Zahlen verloren habe. Die Investitionen wurden kaum angehoben. Für 1990 ist bei den Verkehrsbetrieben sogar mit einer Senkung zu rechnen. Im Sinne der Arbeitsplatzsicherung müsse er Investitionskürzungen ablehnen, erklärte Stratil.

Da die Teilzahlungsbeträge bei Strom und Gas oft nicht dem tatsächlichen Verbrauch entsprächen, brachte Stratil den Antrag ein, daß bei einem Wohnungswechsel oder bei einem Neubezug einer Wohnung schon nach sechs Monaten eine Überprüfung des Verbrauchs veranlaßt werde. Damit wäre eine bessere Angleichung der Teilzahlungsbeträge an den tatsächlichen Verbrauch möglich. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

33 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) unterstrich die gutorganisierten Arbeitsabläufe beim U-Bahn-Bau, durch die geringstmögliche Belästigungen der Bevölkerung gewährleistet sind. Die Realisierung der beiden U-Bahn-Linien U 3 und U 6 werde durch den 50prozentigen Bundeszuschuß erleichtert. Der U-Bahn-Bau hat auch einen beschäftigungspolitischen Effekt. Zur Umsetzung des Park-and-Ride-Systems sei es nicht immer leicht, die notwendigen Grundstücke zu erwerben.

Wenn man feststelle, daß die Hälfte der Autofahrer auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen würde, wären diese entsprechend attraktiv (ein Autofahrerklub hatte eine entsprechende Untersuchung veröffentlicht), müsse man auch sagen, daß öffentliche Verkehrsmittel deutlich billiger sind als Autofahren. Wichtig sei auch eine Aufforderung an die Autofahrer, Straßenbahn und Bus nicht zu behindern, damit diese ihren Fahrplan einhalten können. Leider sei auch immer wieder festzustellen, daß dem Beschleunigungsprogramm mit der Forderung nach Erfüllung von Einzelinteressen entgegengearbeitet werde. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

34 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Er bezweifle, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP), daß die Versorgungssicherheit mit Strom in den nächsten Jahren gegeben sei. Er erinnerte an den Spitzenverbrauch im Jänner 1985 mit 29.527 Megawattstunden und die damals von Wien selbst aufgebrauchte Strommenge von 29.262 Megawattstunden.

Der Verkehrsverbund Ost-Region sei, was die sieben Millionen zusätzlichen Fahrgäste im letzten Jahr bewiesen hätten, ein großer Erfolg, erklärte Stadtrat HATZL (SPÖ). Es sei aber von vornherein festgestanden, daß jeder Teilnehmer des VOR die Tarifhoheit behalte. Ziel des Verbundes sei es in erster Linie gewesen, den Netzkartenbenützern eine Erleichterung zu verschaffen.

Zum Park-and-Ride erklärte Hatzl, daß die bestehenden Plätze zum Teil nicht ausgelastet seien und nicht jede Station für einen Park-and-Ride-Platz geeignet wäre. Eine neue Park-and-Ride-Möglichkeit sei in Erdberg vorgesehen.

In Bezug auf den "hohen Strompreis" in Wien bemerkte Hatzl, es gebe noch viel zu tun, um ein einheitliches System bundesweit einzuführen. Die natürlichen Gegebenheiten in Vorarlberg oder Tirol seien günstiger als in Wien. Zum Problem der Einführung von Wärmezählern erklärte Hatzl, es würde dem Verbraucher zwar eine Einsparung von 300 bis 400 Schilling ermöglicht werden können, doch würde die jährliche Mehrbelastung durch die Zählergebühr um rund 1.000 Schilling steigen. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

35 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Hatzl machte abschließend auf den im Gemeinderat einstimmig gefaßten Grundsatzbeschuß zum Bau der Blöcke III und IV im Kraftwerk Simmering, die 1992 in Betrieb gehen werden, aufmerksam.

ABSTIMMUNG: Die in der Debatte gestellten Anträge wurden an die zuständigen Gemeinderatsausschüsse zugewiesen, der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1986 wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.

Die Budgetsitzung war damit beendet. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Subvention Kunstverein

36 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Budgetdebatte trat der Wiener Gemeinderat zu einer kurzen Geschäftssitzung zusammen.

Unter anderen Anträgen, die zugewiesen wurden, war auch ein Antrag der ÖVP auf Einstellung von "Wien aktuell-Wochenblatt" und Verwendung der freiwerdenden Mittel für Heizkostenzuschüsse.

Zwtl.: Subvention Kunstverein

GR. HANKE (SPö) stellte den Antrag auf Förderungszuschüsse von 6,38 Millionen Schilling, unter anderem auch für den Kunstverein Wien.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte die Bilanzen des Kunstvereines. Es sei ihm aufgefallen, daß es Unterschiede zwischen den Subventionen und dem Aufwand gebe. Die Aufwendungen betragen oft bis zu 26 Prozent weniger als an Subventionen seitens der Stadt eingenommen wird. Der Kunstverein Wien solle kein Nebenkulturamt werden.

GR. HANKE verwies in seinem Schlußwort auf die großen Leistungen des Kunstvereines.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Schlußwort des Bürgermeisters

37 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hob in seinem Schlußwort den sachlichen und höflichen Stil der Debatte des Gemeinderates hervor. Dieser Stil habe der Aufgabe gedient, die Zielsetzungen für das nächste Arbeitsjahr festzulegen, zugleich sei er ein Beispiel demokratischen Verhaltens. Man müsse diesen Stil gerade in einer Zeit weiter pflegen, in der die Bewältigung der kommenden Aufgaben große Anstrengungen erfordere. In diesem Sinne dankte Zilk allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Arbeit und schloß mit den besten Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.25 Uhr. (Schluß)
gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN